

Hanspeter Mattes, Qaddafi und die islamische Opposition in Libyen. Zum Verlauf eines Konflikts, Deutsches Orientinstitut, Hamburg 1995, 147 S. (Mittelungen 51)

Kapitel I (S. 7-17) dieses Arbeitsheftes analysiert die Islampolitik Muammar al-Qaddafis und ihre Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik Libyens. Libyen ist seit dem Lockerbie-Attentat weltweit isoliert, auch wenn seit geraumer Zeit Touristenreisen nach Libyen möglich sind. Kein anderer arabischer Staat steht so massiv im Geruch des Terrorismus wie Libyen. Auch die innenpolitische Betrachtung dieses Landes polarisiert: „Für die einen ist Libyen Refugium maghrebischer Islamisten, ein Staat kurz vor der islamistischen Machtübernahme, für andere – wie zuletzt im Juli 1994 für den ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak in seinen Ausführungen gegenüber dem französischen Staatspräsidenten Mitterand zur Lösung des Lockerbiekonflikts – ein ‘Bollwerk gegen den Islamismus’, der einzige Staat ohne Probleme mit religiösem Extremismus.“ (S. 7)

Ausgangspunkt der Überlegungen von *Mattes* ist die qaddafische Islaminterpretation, die sich Anfang der siebziger Jahre herauskristallisierte. Weitere zu

berücksichtigende Einzelaspekte sind die Ansichten der internen religiösen Opposition, die vor allem von Saudi-Arabien geförderte massive islamische Mission, die Instrumentalisierung des Islam für politische Zwecke und die Propagierung des Koran als Gesetz der Gesellschaft.

Der Autor teilt die Islampolitik des im September 1969 an die Macht gekommenen Militärrégimes in vier Phasen: September 1969 bis Dezember 1970; Dezember 1970 bis Mai 1975; Mai 1975 bis Dezember 1978 und Dezember 1978 bis heute.

Die erste Phase war charakterisiert durch eine Politik der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Selbstbefreiung und enthielt sich angesichts der Vordringlichkeit säkularer Probleme weitgehend Eingriffen in den religiösen Erfahrungsbereich der libyschen Bevölkerung, die im östlichen Libyen (Cyrenaika) durch die Reformbewegung der *sanusiya* geprägt war. Die zweite Phase war nicht nur von einer Aufwertung des Islam als Bezugsgröße für die anstehenden politischen Reformmaßnahmen geprägt, sondern auch durch die Gründung einer libyschen islamischen Missionsorganisation. Diese zweite Phase geht bei Qaddafi mit einer Abkehr vom nasseristisch inspirierten Entwicklungsweg und der „Öffnung“ des *iğtihād* (im islamischen

Recht die eigene Meinungsbildung durch Analogieschluß auf Koran und sunna) einher. Qaddafis gesellschaftstheoretische Elaborate wurden als Dritte Universaltheorie bekannt. Die dritte, als „religiöse Revolution“ deklarierte Phase bedeutete massive Einschränkungen für die Religionsgelehrten traditioneller Prägung, denen rundweg das Recht auf Äußerungen über die politische und ökonomische Entwicklung des Landes entzogen wurde. Der Koran wurde alleiniges Gesetz der Gesellschaft, die sunna (Brauch, Lebensweise des Propheten Muhammad und seiner engsten Gefährten) und die *hadite* verloren an Bedeutung. Die vierte Phase ist stark von reaktivem Handeln geprägt, so sind insbesondere die achtziger und neunziger Jahre von der Auseinandersetzung mit der inneren und äußeren Opposition gekennzeichnet, die Qaddafis Islampolitik als häretisch brandmarken. „Die Hauptherausforderung“, so *Mattes*, „war indes Qaddafis Zurückweisung von Sunna und Hadith als Rechtsquellen.“ (S. 15) Eine weitere Quelle des Widerstandes war die für die arabische Welt einzigartige emanzipatorische Frauenpolitik, für Außenstehende auch an Qaddafis Leibwache sichtbar. Schärfster äußerer Gegner der Islampolitik Qaddafis wurde die in Gidda ansässige und von Saudi-

Arabien kontrollierte Islamische Weltliga. Die zwischen Saudi-Arabien und Libyen ausbrechenden rhetorischen Querelen um sunna und eine Kalenderreform in Libyen (Fixpunkt ist 632 als Todesdatum des Propheten Muhammad und Ende jeglichen Prophetentums und nicht wie üblich die *hiğra* – 622 n.Chr.) dauern bis heute an und stärkten direkt und indirekt die religiöse Opposition in Libyen.

Kapitel 2 untersucht die Konfrontation der Islamisten mit dem libyschen Staat (S. 18-36). Die Entstehung der islamistischen Strömung ist eine Reaktion auf die „religiöse Revolution“ Qaddafis, die islamische Revolution im Iran, den infolge des Zusammenbruchs des Sozialismus in der ganzen arabischen Welt sichtbaren Rückgriff auf den Islam und die als dekadent bezeichnete westliche Kultur. Die libysche Reaktion auf die islamistische Herausforderung ist von einer „hohen Effizienz der Sicherheitsorgane und der gesellschaftlichen Kontrolle der Revolutionskomitees geprägt“ (S. 19), konkret, mit massiver Gewalt wie öffentlichem Vollzug der Todesstrafe vor allem in der Barqa (Cyrenaika), wo früher die *Sanūsīya* tief verwurzelt war, verschafft sich das Regime Respekt. Als islamische Oppositionsgruppen erwähnt *Mattes* die von Hasan al-Bannā 1928 gegründete Muslimbruderschaft,

die Islamische Befreiungspartei, Islamische Ġihād-Organisation, die Gruppierung at-Takfīr al-Hiġra, Liga der Da'wa, Tablīġ, Wahhābīya, al-Ġma'a al-Islāmīya al-Libīya und die National Front for the Salvation of Libia. Die Aufzählung verdeutlicht ein Problem der islamistischen Opposition – ihre außerordentliche Heterogenität. Der Beginn der militanten islamistischen Konfrontation mit dem Regime ab 1984 hat innenpolitische (Militarisierung der Gesellschaft, Exzesse der Revolutionskomitees, Liquidierung von „Feinden der Revolution“), außenpolitische (Spannungen mit Ägypten und den USA, Intervention im Tschad) und wirtschaftliche Gründe (drastischer Rückgang der Öleinnahmen, Verbot des privaten Handels und Ineffizienz der staatlichen „Volkssupermärkte“).

Die Schilderung von Auseinandersetzungen zwischen Islamisten und libyschen Sicherheitsbehörden verdeutlicht, daß sich die politische Akzeptanz des libyschen Regimes partiell verringert hat. Repressionen (Hinrichtungen, Verhaftungen, Zerstörungen von Häusern islamistischer Aktivisten, Überwachung der Moscheen) führten im Zeitraum von 1984 bis Ende 1988 zu einer relativen Beruhigung, der 1989 eine Zwischenphase blutiger Eskalation folgte.

Kapitel 3 ist der staatlichen Reaktion auf die islamistische Her-

ausforderung gewidmet. *Mattes* unterscheidet hierbei verschiedene Methoden: das traditionelle Instrumentarium, die rhetorische Offensive und die Teilislamisierung, insbesondere des Strafrechts. Unzweideutig konstatiert der Autor: „Ein Bekenntnis in Libyen zu einer islamistischen Gruppierung ist spätestens seit 1973 lebensgefährlich.“ (S. 38) Als Kernaussagen Qaddafis ab 1989 analysiert der Autor, daß die islamische Theokratie die schlimmste aller Herrschaftsformen sei und die Islamisten sich gegen die arabische Nation, den arabischen Nationalismus und die arabische Einheit im Dienste der USA und Israels versündigen.

Kapitel 4 „Qaddafi und die nordafrikanischen Islamisten“ (S. 57-77) behandelt die Beziehungen des libyschen Regimes zu Islamisten aus Tunesien, Algerien, Sudan und Marokko und deren Instrumentalisierung im Interesse Qaddafis. *Mattes* kommt zu dem Schluß, daß das Revolutionsregime einen islamisch legitimierten, aber säkularen Staat anstrebe, dessen Modernisierung und Transformierung nicht durch religiöse Vorschriften eingeschränkt wird. Ein Libyen, so eine Überlegung, könnte die Beute islamistischer Fanatiker werden, die im Bunde mit dem Sudan ganz Nordafrika destabilisieren könnten.

Ein Anmerkungsteil und ein Dokumentenanhang vervollständigen die interessante Studie, die durchaus in der Lage ist, Vorurteile und Vorverurteilungen nüchtern in Frage zu stellen. Zudem stellt Qadafis Versuch, allein den Koran in den Mittelpunkt zu stellen und die traditionelle muslimische Orthodoxie (möglicherweise inspiriert durch die charidschitische Strömung der Azāriqen?) auszuschalten, einen neuen Versuch der Bewältigung der Moderne dar. Es bleibt abzuwarten, wie dieses Experiment der „Dritten Universaltheorie“ ausgehen wird.

Uwe Pfullmann

Anette Simon, Versuch, mir und anderen die ostdeutsche Moral zu erklären, Psychosozial-Verlag, Gießen 1995, 112 S.

Die Ost-Berliner Psychotherapeutin Anette Simon hat ein Buch mit gesammelten Vorträgen und Aufsätzen veröffentlicht. Bemerkenswert an der Publikation ist, daß sie – eher zufällig und ungewollt – ei-

nen Eindruck darüber vermittelt, wie der Diskurs um die verblichene DDR geformt und gerichtet wird. Der Titel des Buches hält im übrigen nicht, was er verspricht. Hätte die Autorin im Titel nicht *die*, sondern *meine* ostdeutsche Moral avisiert, wäre der Etikettenschwindel umgangen worden. Ein Zufall ist das wohl nicht. Die notorische Verwechslung von *ich* mit *wir* bzw. mit *den anderen Ostdeutschen* hat sich inzwischen als eine Grundhaltung der Berufsbewältiger aus der ehemaligen DDR-Intelligenzia erwiesen. Natürlich ist es unerläßlich, daß individuelle Erlebnisse öffentlich auf- und abgearbeitet werden, aber der Geltungsbereich der Reflexionen, die Grenzen der angestellten Verallgemeinerungen sollten doch bitte im Blick bleiben.

Das Buch von Anette Simon ist ein weiterer Stein in der Wand, die den differenzierten Blick zurück allmählich zumauert und dem Betrachter schließlich das immer gleiche Bild zurückwirft. Nehmen wir einen Strang des Vergangenheitsdiskurses: Die Debatten über die Behandlung oppositioneller Regungen an DDR-Schulen. Wer das nur en passant verfolgt, glaubt inzwischen ausreichend zu wissen, wie rigide beispielsweise die Staatsbürgerkunde-Lehrer auf Schüler-Sympathien für den Prager Frühling reagierten. „Schließlich liest man ja immer wieder Beispiele dar-